

**E 121-NR/XX. GP****Entschließung**

des Nationalrates vom 14. Mai 1998

betreffend die Österreichische Olympiabewerbung 2006

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. alle im jeweiligen Kompetenzbereich liegenden Maßnahmen zu setzen, um die österreichische Olympiabewerbung mit der Bewerberstadt Klagenfurt zur Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2006 zu unterstützen,
2. weiterhin alle den Bund betreffenden Verhandlungen zu führen, um so alles erforderliche zu unternehmen, damit eine Gesamtgarantie der Bundesregierung rechtzeitig möglich wird, wobei dafür der Abschluß von Subgarantien durch das Organisationskomitee mit den Partnern (Gemeinden, Land) und insbesondere der Partnerstaaten und die Vorlage eines Gesamtbudgets (Einnahmen und Ausgaben) einschließlich aller notwendigen Infrastrukturmaßnahmen notwendig sind,
3. nach Vorlage all dieser Unterlagen zeitgerecht Verhandlungen über die Höhe des Bundesbeitrages im Rahmen der Gesamtgarantie zu führen, um die fristgerechte Übermittlung aller Bewerbungsunterlagen an das Internationale Olympische Komitee zu ermöglichen.